



**Willy Wimmer**  
Mitglied des Bundestages

Willy Wimmer, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Herrn  
Dr. Peter Struck, MdB  
Bundesminister der Verteidigung  
Stauffenbergstraße 18  
10785 Berlin

**vorab per Fax: 030-2004-8004**

Berlin, den 25.08.03

Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Struck,

die Diskussion um den Afghanistan-Einsatz mit Kräften der Bundeswehr ist in diesen Tagen durch mehrere Faktoren bestimmt, von denen ich drei aus gegebenem Anlaß herausgreifen will.

Dazu zählen vor allem das nach Kundus in Nordafghanistan in Marsch gesetzte Erkundungsteam, die innere Sicherheit für die Bedingungen beim Einsatz unserer Soldaten und die ebenso nachhaltige wie öffentlich vorgetragene Weigerung der Bundesregierung, die politischen Umstände des Einsatzes unserer Soldaten aus guten Gründen einer Überprüfung zu unterziehen.

Warum geht überhaupt das sogenannte Erkundungsteam nach Kundus? Über Kundus ist unserem Kontingent in Afghanistan jetzt schon alles bekannt, nicht nur die derzeitige Lage. Es dürfte auch noch in frischer Erinnerung sein, daß von Kundus aus gegen Ende der Hauptkampfhandlungen gegen die Taliban/El Kaida unter amerikanischer und pakistanischer Aegide tausende Kämpfer der internationalen Brigaden von Taliban/El Kaida ausgeflogen worden sind. Diese Kämpfer sind beileibe nicht in Guantanamo auf Kuba gelandet. Sie haben sich vom jeweiligen Landeplatz in genau jene Gebiete begeben, aus denen uns heute die Schreckensmeldungen erreichen. Von Kundus aus hat sich ein bislang einmaliger Export von Terroristen ergeben und es bleibt nicht nur deshalb ein fader Geschmack zurück, weil wenige Jahre zuvor führende Repräsentanten des amerikanischen Außenministeriums die Taliban als "unsere Jungs" bezeichnet hatten.

Kundus ist aber auch ein wichtiger Stützpunkt für eine der tragenden Säulen der Petersberg-Regierung für Afghanistan und zwar des Verteidigungsministers Fahim. Sie haben in den letzten Monaten stets erklärt, daß es bei möglichen Teams außerhalb von Kabul darum gehe, die Macht der Regierung Karzai außerhalb von Kabul zu festigen. Gilt das auch für die wesentliche Stütze der Regierung Karzai? Der Bundeswehr ist dabei seit Jahr und Tag bekannt, die Region Kundus nicht nur als Stützpunkt eines afghanischen Korps sondern auch als Gegend mit rund 30.000 Mudschahedin zu sehen. Ein kleines Kontingent von Deutschen in einer derartigen Umgebung, bestimmt von einer Regierungsstütze?! Es ist offenbar kein Argument fadenscheinig genug, nicht zur Durchsetzung der eigentlichen Ziele verwendet zu werden.

Das gilt auch in Zusammenhang mit wesentlichen Erkenntnissen, die sich für die Bundeswehr mit der Person von Herrn Fahim ergeben. Ist es etwa nicht so, daß es bis heute durch

Fahim den internationalen Verbänden untersagt ist, das Pandschir-Tal in Augenschein zu nehmen und trifft es nicht zu, daß in diesem strategisch wichtigen Tal auf Veranlassung von Herrn Fahim streng geheime Übungen mit russischen Spezialkräften stattfinden?

Kundus, wohin jetzt das Erkundungsteam entsandt ist, befindet sich unweit der tadschikischen Grenze, dem Hauptoperationsgebiet russischer Divisionen und seit Jahr und Tag auch der jetzt nicht mehr unter dem Schutz der Taliban stehenden Drogentransporte auf der Hauptroute aus Afghanistan über St. Petersburg nach Hamburg und Rotterdam. Heroin und "grüner Afghane" jetzt unter dem Schutz der Bundeswehr auf dem Weg zu den Konsumgebieten?

Ist es nicht auch Herr Fahim, der in voller Kenntnis der Bundeswehr und jetzt der NATO die denkbar engsten Verbindungen zu einer der gefährlichsten Personen für den derzeitigen Prozeß in Afghanistan unterhält, nämlich zu dem Paschtunen-Führer Hekmatiar? Es dürfte Ihnen, sehr geehrter Herr Kollege Dr. Struck, doch wohl bekannt sein, daß dieser Herr Hekmatiar bei der SPD in Deutschland ein gern gesehener Gast gewesen ist.

Schon sind diesen vielleicht typischen afghanischen Gemengelagen deutsche Soldaten zum Opfer gefallen. Für diese Verhältnisse ist jeder tote deutsche Soldat ein Toter zuviel. Was soll man davon halten, wenn nach den Erkenntnissen, die vor Ort vorhanden sind, zivile afghanische Mitarbeiter im deutschen Lager von Auftraggebern außerhalb Weisungen erhalten, wie sie bestimmte Sachverhalte übersetzen sollen, zu welchen Angehörigen der deutschen Bundeswehr sie Kontakt aufnehmen und was sie in Erfahrung bringen müssen?

Jüngst war in einer deutschen Sonntagszeitung nachzulesen, daß man mehrere verdächtige Afghanen nach eindeutiger medizinischer Begutachtung dem afghanischen Nachrichtendienst überstellt habe. Waren die Gutachten und Aufnahmen der Verdächtigen nötig, weil der afghanische Nachrichtendienst im Gestapo-Stil mit Gefangenen umgeht und handelt es sich um eine Bande, die wir vor Ort am Leben halten, weil wir die Menschenrechte in Afghanistan endlich umsetzen können? Handelt es sich um den afghanischen Nachrichtendienst, der unsere Erkenntnisse über gravierende Handlungen gegen die Regierung Karzai oder Anschläge gegen uns sofort an die mutmaßlichen Täter weiterleitet, damit diese mit unseren Erkenntnissen gewarnt werden können?

Auffallend und völlig unverständliche ist die Weigerung der Bundesregierung und damit auch von Ihnen, das politische Konzept des Vorgehens in Afghanistan, sei es national, im Bereich der NATO oder der Vereinten Nationen, nachhaltig zu überprüfen. Dafür gäbe es jede Veranlassung, nachdem die Bundeswehr so lange vor Ort ist und nach den Erkenntnissen, die jetzt schon zu Kundus vorliegen, von dem Transfer von Volksgruppen aus den letzten 80 Jahren und den nachhaltigen Auswirkungen dieses Tatbestandes auf die jetzige Sicherheitslage. Gerade im Norden Afghanistans gibt es jede Menge vor allem paschtunischer Einsprengsel, die bis heute Ursache für unlösbar erscheinende Probleme sind. Da sieht die Bundesregierung keinen Grund, sich damit zu beschäftigen und nimmt dafür u.U. deutsche Opfer in Kauf? Oder arbeitet mit Ratgebern vor Ort zusammen, die in Sendungen in persischer Sprache den öffentlichen Eindruck erwecken, sie hätten maßgeblichen Einfluß auf führende deutsche Repräsentanten, einschließlich des Bundeskanzlers, obwohl sie als nicht zu tragendes Sicherheitsrisiko eingeschätzt werden?

Und was ist mit der Erkenntnis, daß nicht nur die tatsächliche Repräsentanz der paschtunischen Seite in der Regierung Anlaß für gravierende Auseinandersetzungen ist sondern eine Frage, die auf eine britische Kolonialentscheidung zurückgeht, mit der die Paschtunen diesseits und jenseits der afghanisch/pakistanischen Grenze nicht mehr einverstanden sind und sich auch in der Form der Taliban zu äußern scheinen. Seit Jahren ist die zeitliche Begrenzung für die Grenzziehung zwischen Afghanistan und Pakistan offen, d.h. die derzeitige Grenzziehung hat keine völkerrechtliche Rechtsgrundlage mehr, solange sie nicht neu verhandelt worden ist. Damit steht weniger die territoriale Existenz Afghanistans, als die

Pakistans zur Disposition, denn seinerzeit haben die Briten das Volk der Paschtunen geteilt. Wie man hört, ist der letzte afghanische Präsident Nadschibulla 1996 beim Einmarsch der Taliban nach Kabul deshalb brutal ermordet worden, weil er seine Zustimmung verweigert hat, die Grenzziehung auf Dauer als verbindlich zu erklären.

Müßten wir diesen Umstand nicht zum Anlaß nehmen, uns der Frage zu stellen, ob wir mit unserem militärischen Einsatz, vor allem in der NATO, in Anbetracht der Krisenherde in denen wir tätig sind oder wie in Burma in dem wir nach Ansicht des britischen Premierministers Tony Blair demnächst tätig werden sollen, wir nur die Funktion haben, uns im Rahmen der britischen Kolonialgeschichte unter britischer Führung jetzt in der NATO zur Fortsetzung des britischen Einflusses weltweit zu engagieren und dafür das Leben unserer Soldaten aufs Spiel zu setzen?

In Afghanistan und anderswo werden uns die Augen geöffnet. Der britische Außenminister hat es im Herbst 2002 öffentlich gemacht, wie es am 19. August 2003 noch einmal bemerkenswert deutlich in der "Süddeutschen Zeitung" nachzulesen gewesen ist.

Ich nehme an, daß ich auf diesen Brief wieder umgehend eine Eingangsbestätigung mit der Zusage einer Antwort erhalte. Die Antwort steht dann in den Sternen, nachdem die Substanz einer Antwort zuvor in deutschen Zeitungen nachzulesen gewesen ist. Das ist auch ein Weg.

Mit freundlichen Grüßen

He  
G. Müller